



Bulletin

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 19. Februar 2024

Der Kantonsrat hat für die Motion des GLP-Kantonsrats Ronald Alder für eine bessere Zusammenarbeit der Gemeinden im Gesundheitsbereich diskussionslos die Fristerstreckung genehmigt ([KR-Nr. 33/2019](#)). Damit erhält die Regierung ein Jahr mehr Zeit, dem Kantonsrat Bericht und Antrag dazu vorzulegen.

Der Kantonsrat gibt dem Regierungsrat mehr Zeit für Bericht und Antrag zu den Motionen «Sicheres und effizientes Velofahren dank Behebung der 1'200 Schwachstellen bei der Veloinfrastruktur» ([KR-Nr. 364/2020](#)) und «Sicheres Velofahren dank systematischer Überprüfung und Abgleichung von Strassenprojekten mit dem kantonalen Velonetzplan zur Behebung von Schwachstellen» ([KR-Nr. 365/2020](#)). Er hat die Fristerstreckung im schriftlichen Verfahren genehmigt.

Der Kantonsrat hat die Antwort der Regierung zu einer dringlichen Interpellation von SP-Kantonsrätin Sibylle Marti diskutiert, bei der es um die Unterstützung illegal adoptierter Menschen bei der Suche nach ihren Wurzeln ging ([KR-Nr. 21/2024](#)). Mit der Diskussion im Rat ist das Geschäft erledigt.

Der Kantonsrat hat die parlamentarische Initiative von FDP-Kantonsrat Christian Müller für eine Anrechnung der Gewinnsteuer an die Kapitalsteuer vorläufig unterstützt ([KR-Nr. 270/2023](#)). Die Initiative erhielt 101 Stimmen. Sie wird nun einer Kommission zur Beratung zugewiesen.

Der Kantonsrat hat mit 100 Stimmen eine parlamentarische Initiative von FDP-Kantonsrat Christian Müller vorläufig unterstützt mit der Forderung, dass Firmen Steuerbeträge über der neuen OECD-Mindeststeuer an die Staats- und Gemeindesteuern anrechnen können ([KR-Nr. 271/2023](#)). Die Initiative wird nun einer Kommission zur Beratung zugewiesen.

Der Kantonsrat hat eine parlamentarische Initiative von FDP-Kantonsrätin Sonja Rueff-Frenkel vorläufig unterstützt, mit der die Höhe, ab der ein Haus als Hochhaus gilt, um 5 Meter auf 30 Meter heraufgesetzt werden soll ([KR-Nr. 305/2023](#)). Die Initiative erhielt 139 Stimmen. Sie wird einer Kommission zur Beratung zugewiesen.

Der Kantonsrat hat die Forderung für eine 20wöchige nationale Elternzeit vorläufig unterstützt. Die entsprechende parlamentarische Initiative der Mitte-Kantonsrätin Priska Hänni für eine Standesinitiative hat mit 81 Stimmen das Quorum von 60 Stimmen erfüllt ([KR-Nr. 332/2023](#)). Die Initiative wird einer Kommission zur weiteren Beratung zugewiesen.

Der Kantonsrat hat eine parlamentarische Initiative der Grünen Silvia Rigoni, die das Recht auf Wohnen in die Verfassung schreiben will, mit 66 Stimmen vorläufig unterstützt ([KR-Nr. 340/2023](#)). Sie wird einer Kommission zur weiteren Beratung zugewiesen.

Der Kantonsrat hat eine parlamentarische Initiative von SVP-Kantonsrat René Isler mit 156 Stimmen vorläufig unterstützt. Es geht um die Forderung, dass Eltern oder Kinder, die Familienangehörige im selben Haushalt mittels privater Beistandschaft betreuen, von den Verfahrensgebühren befreit werden ([KR-Nr. 396/2023](#)). Die Initiative wird einer Kommission zur weiteren Beratung zugewiesen.

(fsi.)